

PRESSEMITTEILUNG

17. August 2021

## Städtebund/wiiv-Studie: Österreichs Städte beim Lebensstandard an EU-Spitze

*Öffentliche Dienstleistungen sorgen dafür, dass Großstädter\*innen in Österreich so viel Geld für die schönen Dinge des Lebens bleibt wie in kaum einem anderen Land der EU.*

Explodierende Mieten, Verkehrschaos, Bildungsmisere – so kennt man das aus vielen Großstädten Europas. Corona hat die Probleme vielerorts verschärft. Die Lebensqualität in urbanen Zentren hängt maßgeblich von einer leistbaren öffentlichen Daseinsvorsorge in den Bereichen Wohnen, Verkehr, Bildung und Gesundheit ab. Österreichs Großstädte sind dabei führend und bieten ihren Bewohner\*innen deshalb auch einen im europäischen Vergleich hohen Lebensstandard.

Zu diesem Ergebnis kommt eine neue Studie des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiv) im Auftrag des Österreichischen Städtebundes und des Büros für Daseinsvorsorge und Kommunalwirtschaft der Stadt Wien. wiiv-Direktor Mario Holzner und sein Kollege Roman Römisch haben sich angeschaut, was die Lebensqualität in europäischen Großstädten am meisten beeinflusst. Sein Fazit: *„Weil die Wohlfahrtsstaaten in Skandinavien und Kontinentaleuropa viel stärker in öffentliche Dienstleistungen investieren als ihre angelsächsischen und südeuropäischen Pendants, bleibt den Menschen dort auch wesentlich mehr Geld zum Leben übrig.“*

### Sozialer Wohnbau dämpft Mietpreisentwicklung

An der Spitze stehen Österreichs Großstädte. Sozialer Wohnbau und ein relativ hoher Anteil an öffentlichem Wohnungseigentum dämpfen hierzulande die Mieten. Umgekehrt müssen Bewohner\*innen von Städten mit stark kommerzialisiertem Wohnungsmarkt bei den privaten Konsumausgaben sparen. *„Ein gutes Beispiel dafür ist Italien“,* sagt Holzner.

Anhand des „Urban Public Services and Liveability – Index“ (UPSLIde) hat die Studie untersucht, wofür die Menschen in EU-Großstädten ihr Geld ausgeben. Der Index zeigt, welcher Anteil des Haushaltseinkommens für die Grundbedürfnisse Wohnen, Transport, Bildung und Gesundheit aufgewendet werden muss und wie viel im Vergleich dazu für jene Güter und Dienstleistungen zur Verfügung steht, die das Leben lebenswert machen. Auf die Kosten für Wohnen, Transport, Bildung und Gesundheit nimmt die Politik über die öffentliche Daseinsvorsorge Einfluss. *„Damit bestimmt sie indirekt auch darüber, wie viel Geld den Menschen für Urlaub, Gastronomie, Kultur oder Sport – also die schönen Dinge des Lebens – bleibt“,* so Holzner.

Gemessen an den Kosten für die Daseinsvorsorge ist das in Österreichs Großstädten europaweit am meisten. Ihre Bewohner\*innen geben rund 70 Prozent von dem, was sie für ihre Grundbedürfnisse aufwenden, für die schönen Dinge des Lebens aus. In Frankreichs Großstädten sind es 65 Prozent (Platz 2), in jenen der Niederlande 63 Prozent (Platz 3) und in schwedischen 58 Prozent (Platz 4).

*„Die gut funktionierende öffentliche Daseinsvorsorge in Wien sorgt nicht nur dafür, dass Wien bei allen internationalen Rankings zur Lebensqualität an der Spitze liegt, die vorliegende Studie beweist auch, dass die massiven Investitionen der öffentlichen Hand in den Bereichen Wohnen, Gesundheit, Bildung, Verkehr, etc. auch jedem und jeder Einzelnen persönlich nützen. Salopp gesagt: beste öffentliche Daseinsvorsorge bringt allen mehr Spielraum für die Annehmlichkeiten des Alltags“,* sagt Renate Brauner, Leiterin des Büros für Daseinsvorsorge und Kommunalwirtschaft der Stadt Wien.

Langfristig betrachtet ist der Trend in europäischen Großstädten allerdings eindeutig negativ, auch in Österreich. So sank der Anteil der Konsumausgaben für die schönen Dinge des Lebens gemessen an den Ausgaben für Grundbedürfnisse im europäischen Schnitt von rund 70 Prozent Ende der 1980er-Jahre auf weniger als 50 Prozent in den 2010er-Jahren. In Österreich ging er von gut 77 Prozent im Jahr 1999 auf rund 70 Prozent im Jahr 2015 zurück. Um diesen Negativtrend umzukehren, empfehlen die Studienautoren einen Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge. *„Insbesondere den steigenden Wohnungsmieten muss mit einem massiven Ausbau des sozialen Wohnbaus begegnet werden“*, betont Mario Holzner.

*„Die Corona-Krise hat durch die entfallenen Steuerentnahmen auch zu einem Rückgang der Investitionen geführt. Es ist jetzt wichtig, dass Städte diesen Einnahmenentfall durch den Bund vollständig ersetzt bekommen, damit es zu keiner Kürzung der kommunalen Investitionen kommt. Öffentlicher Nahverkehr, Wohnen, Bildung und Kinderbetreuung – das sind die Leistungen, die die Städte attraktiv machen“*, sagt Thomas Weninger, Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes.

[Die wiiw-Studie „Public Services and Liveability in European Cities in Comparison“ steht hier zum Download zur Verfügung.](#)

### **Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw)**

Das wiiw ist ein wirtschaftswissenschaftlicher Think Tank, der seit fast 50 Jahren volkswirtschaftliche Analysen und Prognosen zu derzeit 23 Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas erstellt. Zudem betreibt das wiiw Forschung zu globalen und gesamteuropäischen Themen in den Bereichen Makroökonomie, Handel, Wettbewerbsfähigkeit, Investitionen, Europäischer Integrationsprozess, Regionalentwicklung, Arbeitsmärkte, Migration und Einkommensverteilung.

### **Büro für Daseinsvorsorge**

Das Büro für Daseinsvorsorge und Kommunalwirtschaft setzt sich im Auftrag der Stadt Wien für die breite Bewusstmachung der Bedeutung der öffentlichen Daseinsvorsorge und die Wichtigkeit von öffentlichen Investitionen ein. Es gilt, national und international die öffentliche Daseinsvorsorge gegen Privatisierungs- und Liberalisierungstendenzen zu verteidigen und die positiven Auswirkungen einer gut funktionierenden öffentlichen Daseinsvorsorge auf Wirtschaft, Gesellschaft und jede\*n Einzelne\*n wissenschaftlich zu untermauern.

### **Österreichischer Städtebund**

Der Österreichische Städtebund ist die kommunale Interessenvertretung von insgesamt 256 Städten und größeren Gemeinden. Etwa 65 Prozent der Bevölkerung und 75 Prozent der Arbeitsplätze befinden sich in Österreichs Ballungsräumen. Mitglieder des Städtebundes sind neben Wien und den Landeshauptstädten praktisch alle Gemeinden mit über 10.000 Einwohner\*innen. Die kleinste Mitgliedsgemeinde zählt knapp 1.000 Einwohner\*innen. Die Mitgliedschaft ist freiwillig. Der Österreichische Städtebund ist Gesprächspartner für die Regierung auf Bundes- und Landesebene und ist in der österreichischen Bundesverfassung ausdrücklich erwähnt.

### **Rückfragen & Kontakt:**

**Saskia Schwaiger**  
Österreichischer Städtebund, Kommunikation  
Tel.: +43 676 8118 89990  
E-Mail: [saskia.schwaiger@wien.gv.at](mailto:saskia.schwaiger@wien.gv.at)

**Andreas Knapp**  
Communications Manager (wiiw)  
M: +43 680 13 42 785  
E-Mail: [knapp@wiiw.ac.at](mailto:knapp@wiiw.ac.at)